



# „Migranten“ oder „Kolonisten“?

☒ Das politische Kunstwort „Migrant“ dringt mehr und mehr auch in die Sprache der Konservativen ein. Geschaffen wurde dieser Begriff von linksbunten Extremisten, die uns vorgaukeln wollten, es gäbe auf der Welt Menschen, die von Land zu Land „wandern“ und denen man deshalb in Deutschland eine neue Heimat bieten müsse – eine geschickte Rechtfertigung der staatlichen Siedlungspolitik mit Hilfe der Sprache. Deshalb: Vorsicht bei der unkritischen Übernahme solcher Tarnkappenworte! Wenn wir uns die politischen Begriffe des Gegners zu eigen machen, verschenken wir jedes Mal auch einen Punktsieg an den politischen Gegner. Denn die eigene politische Sichtweise der Dinge lässt sich niemals in der Sprache des politischen Gegners ausdrücken. Ein Plädoyer für eine selbstbewusstere politische Sprache.

*(Von C. Jahn)*

Das Kunstwort „Migrant“ wurde in den späten 80er Jahren im englischen Sprachraum gebildet, um den für „Einwanderer“ bis dahin üblichen Begriff „Immigrant“ politisch aufzuweichen. Durch Weglassen der Vorsilbe „Im-“ verlor das Wort die inhaltlich wichtige Richtungsangabe: Der Ausländer wandert nun nicht mehr „aus“ seinem eigenen in ein anderes Land „ein“. Vielmehr hat seine Bewegung weder festgelegte Anfangs- noch Endpunkte, er wird zum orientierungslosen „Wanderer“. Durch

diese Richtungslosigkeit des Begriffes wurden politisch zwei Dinge erreicht: Zum einen trat in den Hintergrund, dass der vermeintliche „Wanderer“ tatsächlich einen Heimatstaat besitzt, aus dem er „aus-wandert“. Dadurch wird die Tatsache verdeckt, dass er durchaus seinen Platz auf Erden hat und einen Staat, der für ihn zuständig ist.

Zum anderen wird die Staatlichkeit des Ziellands aus dem Bewusstsein verdrängt. Da der „Wanderer“ nicht mehr „einwandert“, tritt die Tatsache in den Hintergrund, dass sein Zielland als souveräner Staat eine festgelegte Grenze hat, eine völkerrechtliche Hürde also, die der Ausländer überschreiten muss, um in das Land „hinein“ zu kommen. Dem Wort „Migrant“ liegt somit die Behauptung einer vermeintlich staatenlosen Welt zugrunde, in der jede Person ein scheinbares Recht auf weltweite „Wanderung“ besitzt, ohne Rücksicht auf bestehende Staatsgrenzen und die damit verbundene politische Aufteilung der Erde – eine ideologische Fiktion. Denn tatsächlich ist die Welt – außer im kleinen, kulturevolutionären Westeuropa – keineswegs staaten- und grenzenlos, sondern Landesgrenzen und Staatsgebiete werden von allen Staaten der Erde (außer Westeuropa) sehr gewissenhaft geschützt und verteidigt.

In Deutschland erfuhr die Propagandasprache der Bunten Republik eine ähnliche ideologische Entwicklung, auch wenn sich das Wort „Migrant“ aufgrund seiner sprachlichen Sperrigkeit im Deutschen erst etwa 20 Jahre später durchsetzte. Auch in Deutschland verschwand bereits in den 90er Jahren das Wort „Ausländer“ aus der offiziellen Amtssprache. Ähnlich wie beim Fortfall der Vorsilbe „Im-“ im englischen „Immigrant“ sollte im Deutschen durch die Abschaffung des Wortes „Ausländer“ das richtungsbetonende Element des Begriffes aus dem Sprachgebrauch verschwinden. Ein „Ausländer“ kommt „aus“ einem anderen Land, d.h. es gibt folgerichtig einen anderen Staat, der für ihn zuständig ist. Genau dieses Bewusstsein, dass diese nach Deutschland

einreisenden Leute durchaus ihre eigenen Länder und dort ihr Zuhause haben, sollte aus der Gedankenwelt der Öffentlichkeit eliminiert werden.

Da „Migrant“ im Deutschen zunächst holprig klang, wurde das Wort „Ausländer“ in der Propagandasprache der Bunten Republik zunächst durch das ebenfalls richtungslose „Zuwanderer“ ersetzt. Ein „Zuwanderer“ wandert nicht mehr „ein“, ein „drinnen“ und „draußen“ gibt es in diesem Begriff nicht mehr und somit auch keine Grenze, die „innen“ und „außen“ unterscheidet. Der „Zuwanderer“ gesellt sich einfach „dazu“ – etwa wie man sich in der Kneipe zu einer Gruppe Zechkumpare an den Tresen setzt, eine vorher zu überwindende Hürde besteht nicht. Die Tatsache, dass ein anderer Staat für diese Person zuständig ist, dass er überhaupt aus einem anderen Staat kommt, fällt begrifflich völlig unter den Tisch.

Erst in den letzten zehn Jahren konnte das ursprünglich englische „Migrant“, da in der Amtssprache der Bunten Republik permanent propagiert, zumindest teilweise auch in der deutschen Umgangssprache Fuß fassen. Die gesellschaftliche Durchsetzung dieses Kunstbegriffes in Deutschland war eine zentrale Voraussetzung, um auch das dahinterstehende ideologische Weltbild in der breiten Öffentlichkeit salonfähig zu machen: das fiktive Bild einer quasi anarchischen, angeblich staaten- und grenzenlos bestehenden Weltordnung, die es so tatsächlich nicht gibt.

Dieser enge Zusammenhang zwischen einer sorgfältig kalkulierten Wortwahl und dem über sprachliche Begrifflichkeiten kommunizierten politischen Weltbild wird in konservativen und freiheitlichen Kreisen leider ständig unterschätzt. Aus Nachlässigkeit, Gewohnheit, teils auch Anbiederei an die Herrschenden greifen auch wir immer wieder das propagandistische Vokabular des politischen Gegners auf. „Migrant“, „Flüchtling“ – alles Lügen, die aber auch uns in der politischen Debatte immer wieder über die Zunge rutschen.

Wenn wir allerdings die horrenden Zustände in Deutschland jemals wieder in zivilisierte Bahnen lenken wollen, sollten wir uns stärker darum bemühen, in unserer Ausdrucksweise konsequent ebenfalls Begrifflichkeiten zu verwenden, die die eigene politische Sichtweise betonen – und nicht die Sichtweise des Gegners. Konkret heißt dies: Die angeblichen „Migranten“ sind und bleiben „Ausländer“, solange sie nicht eingebürgert sind. Hat der Staat sie eingebürgert, ist der allergrößte Teil von ihnen nach ihrem eigenen Selbstverständnis „deutsch“ nur auf dem Papier – daher auch das Spottwort „Reisepassdeutsche“ („pasaport alman“) als Selbstbezeichnung der eingebürgerten Türken. Diese „Reisepassdeutschen“ sind weiterhin im Herzen Interessenträger eines ausländischen Staates – im Fall der Türken sogar eines durch und durch feindseligen Staates.

Die allermeisten eingebürgerten Türken und Araber sind daher, sachlich ausgedrückt, bestenfalls „Siedler“ in Deutschland – ein neutraler Begriff, in dem keinerlei politische Einschätzung mitschwingt. Das Wort „Siedler“ reflektiert zudem sehr zutreffend die hinter der Anwesenheit dieser Leute in Deutschland stehende staatliche Siedlungspolitik – kaum eine dieser Personen könnte sich ja hier über Wasser halten, wenn die Politiker sie nicht für bloßes Hiersein bezahlen würden. Das sachlich neutrale „Siedler“ unterstellt diesen Leuten zudem freundlicherweise auch nicht, sich politisch als fünfte Kolonne eines böswilligen ausländischen Drittstaates zu verstehen. Leider ist diese freundliche Unvoreingenommenheit gerade im Fall der eingebürgerten Türken, realistisch betrachtet, wohl nur bei einem geringen Teil der Siedler berechtigt. Tatsächlich halten sich viele von ihnen sehr wohl für Interessenträger eines Drittstaates und sind im Ernstfall – im Entscheidungsfall zwischen Deutschland und der Türkei – sicher bereit, sich als Trojanische Pferde aktiv gegen Deutschland (und die eingeborenen Deutschen) zu stellen.

Politisch sehr viel zutreffender als das neutrale „Siedler“

ist daher für diese Leute der Begriff „Kolonisten“. Tatsächlich begreifen sie sich ja trotz formell deutscher Staatsangehörigkeit als loyale Zugehörige eines Drittstaats, der – wie von Erdogan mehrfach in aller Deutlichkeit betont – ganz unverhohlen eine ethnische Kolonisation Westeuropas propagiert. Genau aus diesem Selbstverständnis als machtpolitische Interessenvertreter eines feindseligen, gezielt kolonisierenden Landes heraus betreiben diese Leute dann in Deutschland im Rahmen ihrer innenpolitischen Möglichkeiten ebenfalls eine aktive Kolonisationspolitik zum Nutzen dieses feindseligen Drittstaats: Aufbau von Gegengesellschaften, Schaffung nationaler Organisationsstrukturen, Verherrlichung des kolonialen Mutterlandes und enge Verzahnung mit der dortigen Staatsführung, Ablehnung der Rechts- und Gesellschaftsordnung der indigenen Ureinwohner, Unterwanderung ihrer politischen Infrastruktur sowie rücksichtslose Gewaltanwendung gegen die Eingeborenen und deren kulturelle Symbole.

**Fazit:** Grundsätzlich abzulehnen sind die politisch gefärbten Kunstbegriffe der Bunten Republikaner: „Migranten“, „Zuwanderer“, „Flüchtlinge“ und ähnliche Tarnkappenworte. Sachlich zutreffender sind Bezeichnungen wie das neutrale „Ausländer“ oder „Siedler“, aber auch das durchaus zu Recht politisch wertende „Kolonisten“. Sorgfalt im Umgang mit der eigenen Sprache ist jedenfalls dringend notwendig: Wir werden die Zustände in Deutschland nicht ändern, indem wir aus Anbiederei an die derzeitigen Machthaber die verqueren Kunstworte einer radikalen Siedlungsideologie übernehmen. Ändern werden wir die Zustände nur, indem wir dieser radikalen Ideologie konsequent unsere eigenen Begrifflichkeiten entgegenhalten und so das Bewusstsein der Öffentlichkeit für die tatsächlichen Verhältnisse und politischen Entwicklungen in Deutschland schärfen.



# Merfels und Gabriels Rechtsstaatsverständnis am Beispiel von Deniz Yücel und Beate Zschäpe

✘ Martin Schäfer, der Sprecher des Auswärtigen Amtes, hat unlängst seine deutsche Besserwisserei den Türken aufs Brot geschmiert. Schäfer dozierte, dass in den Augen seiner Behörde und damit seiner Regierung die Türkei kein Rechtsstaat sei, und das liege daran, dass dort der türkische Aktivist „Journalist“ Deniz Yücel (Foto, li.) in U-Haft sitzt.

Es scheint Schäfer und dem durch ihn vertretenen Auswärtigen Amte sehr nahe zu gehen, dass Yücel nun daran gehindert ist, deutsche Behinderte und Kranke zu verspotten bzw. ihnen öffentlich einen Herzinfarkt zu wünschen. Das kann er nun nicht mehr, und die [Bundesregierung ist entrüstet](#):

*Auch im Fall des seit 89 Tagen inhaftierten Deniz Yücel fand Schäfer am Freitag klare Worte: Die lange Untersuchungshaft sei aus deutscher Sicht unverhältnismäßig, „womöglich sogar rechtswidrig“. Schäfer sagte weiter: „Das ist kein faires und vermutlich auch kein rechtsstaatliches Verfahren.“*

Neben die Trauer um ausbleibende Schmierer-Pöbeleien von Yücel

dürfte sich auch die Entrüstung stellen, dass hier in vielfacher Hinsicht gegen die „buntesdeutsche“ Etikette verstoßen wurde. Ein Vergleich mit der (Untersuchungs-)Haft der Beate Zschäpe (re.) zeigt dies deutlich.

[Zschäpe](#) saß ein Jahr lang, von November 2011 bis November 2012 in U-Haft, ohne dass es irgendjemand gestört hätte. Niemand aus unserer Regierung wäre auf die Idee gekommen, dies deshalb als „kein faires rechtsstaatliches Verfahren“ zu kritisieren. Die lange Untersuchungshaft scheint auch kaum brauchbare Indizien für die folgenden knapp fünf Jahre geliefert zu haben, die der Prozess nun schon dauert, ohne dass man Zschäpe bislang wohl etwas nachweisen konnte.

Und warum ist es nach Ansicht der Regierung im Falle Zschäpe ein rechtsstaatliches Verfahren und im Falle Yücel nicht? Ganz einfach, wegen folgender feiner Unterschiede:

- Im einen Fall handelt es sich um eine Deutsche, im anderen um einen Türken, 1:0 für Yücel.
- Sodann ist Yücel ein Linksextremist und Zschäpe eine mutmaßliche Rechtsextremistin, nächster Punkt an Yücel.
- Schließlich handelt es sich um einen Prozess in der Türkei, die momentan in Ungnade gefallen ist. 90 Tage U-Haft in der Türkei wiegen dann plötzlich schwerer als ein Jahr U-Haft in Deutschland plus fünf Jahre Prozess ohne absehbares Ende.

Die deutsche Regierung pflegt also weiter ihre Doppelstandards, denen zufolge rassistische, politische und weitere „bunte Aspekte“ das Recht zu prägen haben, und nicht gleiche Standards für alle, ohne Ansehen der Person, wie es einmal für eine unabhängige Justiz galt. Die kleine unverschämte deutsche Heuchelei und das durch sie zum Ausdruck kommende Rechtsverständnis der deutschen Bundesregierung wundert einen schon gar nicht mehr, Juristen nicht, Journalisten nicht, die Bürger nicht, niemanden. Was ist aus unserem Staat geworden?

---

# Hamburgs Grünenchefin hilft Schleppern

☒ Offene Unterstützung für die Schlepper auf dem Mittelmeer, die Tag für Tag neue moslemische Landnehmer in Italien anlanden: Die Hamburger Grünen-Chefin Anna Gallina (Foto) will mithelfen. Ab dem kommenden Wochenende wird sie 14 Tage auf dem Schiff „Sea Eye“ sein. Von Malta aus wolle man „Patrouillenfahrten“ vor der libyschen Küste unternehmen, um dort sogenannte Flüchtlinge zu „retten“, die sich zumeist selbst in „Seenot“ gebracht haben.

*(Von Chevrolet)*

Die „[Sea Eye](#)“ wird von der gleichnamigen Organisation mit Sitz in Regensburg betrieben und hat mit zwei eigenen Schiffen bereits 8.500 „Flüchtlinge“ zur schnellen Reise ins gelobte Land des Geldes verholfen. Mit zwei umgebauten Fischkuttern erleichtert diese NGO den Schleppern die Arbeit. Anna Gallina sieht das aber anders: „Ich bin in den nächsten Wochen vor Libyen unterwegs, weil ich einen Beitrag zur Rettung der Menschen leisten möchte“, begründete sie ihre Teilnahme an der Mission.

Ihre eigene Familie mit drei Kindern (fünf und neun Jahre und neun Monate) ist ihr wohl nicht so wichtig. „Der Vater hat mit dem Baby alles gut im Griff, da mache ich mir keine Sorgen. Und mit den beiden größeren habe ich gesprochen, die verstehen das und haben in der Zeit viele Ferienaktivitäten. Aber natürlich werde ich sie alle drei vermissen. Vielleicht krabbelt meine Kleine ja sogar schon, wenn ich zurückkomme“, erklärte sie in der [Hamburger Morgenpost](#).



Ihr Einsatz sei ausdrücklich auch als Solidaritätsbekundung für die Nichtregierungsorganisationen (NGO) vor Ort zu begreifen, die in Italien massiv diskreditiert würden, erklärte die Gutmenschin weiter.

Grüne schaden dem eigenen Land sogar noch wenn sie es verlassen.

---

## Am 15. Oktober gibt es Neuwahlen in Österreich

✘ Jetzt ist es so gut wie sicher: Es wird [vorgezogene Nationalratswahlen](#) im Oktober 2017 geben. Österreichs Politik wird sich danach neu formieren und die Nation wird hoffentlich den richtigen Weg rechts der Mitte einschlagen. Alles andere wäre mit Sicherheit fatal.

*(Von Dr. Marcus Frank, Wien)*

Das Problem Nr. 1 ist und bleibt die Massenmigration. Hier kann Österreich unter einem neuen Kanzler endlich die Wende herbeiführen. Es wird jedenfalls die dichten Grenzen geben müssen. Das Bekenntnis dazu wird spätestens dann kommen, wenn die prognostizierten Millionen aus Afrika sich auf den Weg machen.

Österreich muss jetzt schon federführend mitarbeiten, die Mittelmeer-Route zu schließen und wir müssen alles daran setzen, die Rückführungen illegaler Migranten massiv zu verstärken. Wir können die Sozialsysteme und das Staatswesen nur dann funktionstüchtig erhalten, wenn wir keine Massenmigration mehr haben und alle Leute außer Landes bringen, die kein Bleiberecht bekommen.

Österreichs Zukunft besteht aber nicht nur in der Beendigung der durch die Migration verursachten akuten Probleme, sondern wir haben natürlich auch noch ganz andere Herausforderungen zu bewältigen. Es geht zunächst vor allem darum, ein Ende des pseudoliberalen und staatlich beförderten Beliebigkeitsdenkens herbeizuführen, das immer in einer humanistischen Maske daherkommt.

Wir müssen weg vom diffusen und doch allmächtigen Nanny-State, der sich in einem Einheitsbrei namens EU auflösen möchte, hin zum erkennbaren und verantwortlichen Individuum in seiner nationalen und identitätsstiftenden Umgebung. Wir müssen das Individuum und die klassische Familie stärken, denn sie sind die Essenzen der Nation und dienen der Sicherung unserer Freiheit. Die Politik muss sich wieder trauen, dazu klare Bekenntnisse abzugeben.

Eine Nation, in der die Bürger den rechtsstaatlich geprägten Liberalismus als endloses Anspruchsdenken missverstehen, nach dem jeder tun und lassen kann was er will und jedem alles zusteht, diese Nation hat den Gedanken vom freien Menschen völlig missverstanden. Vor allem, wenn am Ende dieser fehlgeleiteten Denke der Staat alle Unpässlichkeiten auffangen und für alles verantwortlich sein soll.

Der Mensch ist nicht frei, wenn Vater Staat hinter jeder Ecke lauert, um in überschäumender und oktroyierter Fürsorge für seine Bürger das Rundum-Wohl zu gewährleisten. Frei ist nur, wer mündig und selbstbestimmt ist, wer seine Pflichten kennt, wer seine Leistung bringt und wer seine Rechte wahrnehmen kann.

Wir bemerken derzeit eine allseits beklagte und fortschreitende Erodierung des Wohlfahrtsstaates – eben weil die wohlfahrtsstaatlichen Mechanismen durch Jahrzehnte überstrapaziert und die Grenzen des Sozialstaatswesens in jeder Hinsicht überzogen und überschritten wurden. „Bürokratie-Abbau“ ist das verschämte Schlagwort dazu – in

Wirklichkeit geht es aber darum, den Staat und seine Strukturen zurückzufahren, denn alles Staatliche will durch den Steuerzwang bezahlt sein.

Der dafür immer geradestehende Mittelstand ist ausgelaugt und ausgeblutet, sogar die Sozialisten reden jetzt nur noch davon, dass sie den Mittelstand retten wollen. (Früher war der Mittelstand für die Roten noch der Klassenfeind – das sagt wohl alles)

Die Rettung des Mittelstands liegt aber nicht im ständigen More of the same, wie uns die Linken dauernd einreden wollen, sondern nur im Straffen, Verkleinern und Abdichten des Staatsapparates. Auch wenn der sozialdemokratische Noch-Kanzler Kern vor einiger Zeit sein Herz für die Start-ups entdeckt hat und angeblich nun die Unternehmen fördern will, so ist der Sozialismus doch prinzipiell der Feind der individuellen Leistung – weil er in seinem Gleichheitsstreben die Mehrleister immer bestraft und die Staats- und Abgabenquote deswegen ständig steigt.

Auf der anderen Seite braucht der Sozialismus den Finanzkapitalismus, ohne ihn kann er nicht sein. Die Schulden für den überbordenden Sozialstaat, der jetzt noch zusätzlich die exzessive Migration bezahlen muss, wollen ja aufgenommen und der Zinsendienst dafür will geleistet sein. (Die Migration kostet uns in Österreich übrigens pro Jahr 2,5 Milliarden Euro.) Die Geldpolitik geht daher weiter in Richtung Finanzkapitalismus. Ohne mit der Wimper zu zucken fördern die Linken alles, was dem Finanzkapital dient. Und die Realwirtschaft kommt trotz aller geheuchelter Bekenntnisse zum Mittelstand immer mehr unter die Räder.

Was wir also brauchen, ist das Bekenntnis zum wirtschaftsliberalen Bürgertum und zur christlich-abendländischen Leitkultur. Was nichts anderes heisst als das klare Bekenntnis zum Individuum, zur klassischen Familie, zum Leistungsprinzip, zur Realwirtschaft und zur Nation samt ihren

Grenzen.

Alles andere ist zwar in der Theorie verführerisch darstellbar und wird uns von den Linken ständig erzählt, erzeugt aber in der Praxis eine nachweisliche Abwärtsspirale: Bürokratie, Staatsinterventionismus, Grenzenlosigkeit bei gleichzeitiger Einschränkung der persönlichen Freiheit, Umsetzung des Gleichheitszwangs, steigender Zinsendienst und fortschreitende Ausbeutung der Leistungsträger sind die Folgen des neuen anti-bürgerlichen Weltbildes, das im Kleid des modernen progressiv-humanistischen Europa-Bürgers daherkommt.

---

*(Text von Dr. Marcus Franz im Original erschienen [auf seinem Blog](#))*

---

# Journalistenwatch und Metropolitico fusionieren

☒ Was in der Freien Wirtschaft gang und gäbe ist, passiert natürlich auch bei den Non-Mainstream-Medien. Man [vereint sich zu einem](#), weil man gemeinsam schlagkräftiger und erfolgreicher ist. So geschehen am gestrigen Tag, an dem sich Thomas Böhm's „Journalistenwatch“ (#11 der sog. [APO-Blog-Liste](#)) und Christian Jung's „Metropolitico“ (#30) zusammen getan haben und künftig nur noch unter der Adresse [journalistenwatch.com](#) zu finden sein werden. Was PI betrifft, gibt es zwar keine Fusion zu vermelden, aber das exakte Datum [des angekündigten Relaunchs](#): Ab Montag, den 22. Mai um 6 Uhr, erstrahlt PI in neuem Glanz. Freuen Sie sich mit uns!

---

# Na sowas! Trump hat mit Russen gesprochen!

☒ Heute hyperventiliert die deutsche Lückenpresse wieder wegen Trump. Er soll dem russischen Außenminister Lawrow top Infos der Geheimdienste über den Islamischen Staat (IS) „verraten“ haben. Trump also ein „Verräter“ und eine Gefahr für Germany, das diese Geheimnisse nicht erfahren durfte. Die Nachricht wurde von WELT-Korrespondent Steffen Schwarzkopf (Foto r.) und anderen Kopisten von der „Washington Post“ abgeschrieben, die bei Trump-Fans längst verächtlich „Washington Kompost“ (Compost) heißt. Dass der Präsident als oberster Chef geheime Nachrichten verwenden und deklassifizieren kann, wie er will, blickt die Journaille nicht. Und ist es ein Verbrechen, mit Russland zu sprechen?

Je enger Russland und die USA zusammenarbeiten, desto besser für uns. Leider hält Trump hier Wahlversprechen nicht ein. Und ja, der NSA hört wie unter Obama immer noch unsere Muddi ab, und Russland ist halt wichtiger als die fünf schrottreifen Tornados der traditionslosen Pussycat-Truppe von der Leyens, die in der hinteren Türkei ohne sinnvollen Auftrag vor sich hingammeln und von unseren Hampelmännern im Parlament nicht einmal besucht werden dürfen.

Kleiner Hinweis an Wergin und die gleichgeschaltete Lügenpresse: Vor ein paar Tagen erst onanierten die Kollegen über das Trump angeblich drohende Impeachment wegen des Comey-Rauswurfs. Nun, in den USA interessiert sich kein Mensch mehr für den geschassten FBI-Chef. Und so wird die heutige Nachricht auch im Kompost verschwinden, wie das meiste, [was ihr uns über die USA](#) berichtet.



# Bildersturm bei Bundeswehr immer abstruser

Der von Verteidigungsministerin „Röschen“ von der Leyen losgetretene Bildersturm, ([PI berichtete](#)) der mittlerweile sämtliche Liegenschaften der Bundeswehr erfasst, eskaliert immer mehr. So wurde jetzt in den Räumen des Bundeswehrkrankenhauses in Westerstede eine historische Rotkreuzflagge abgehängt, weil diese einen Truppenverbandplatz der Wehrmacht unweit des Reichstags kennzeichnete. Die Flagge war die letzte Rotkreuzflagge des Zweiten Weltkriegs in Berlin.

Somit ist bewiesen, das Kreuz braucht in Deutschland keine Haken mehr, um verboten zu werden.

Was soll man zudem von speziell diesem Krankenhaus der Bundeswehr erwarten, das auf der Frontseite ihrer [Homepage](#) so offen ihre devote und selbstverleugnende Haltung demonstriert.

Es ist uns ein Anliegen, auf individuelle Wünsche und Bedürfnisse kultureller, religiöser und gesellschaftlicher Art bei unseren Patienten und Mitarbeitern einzugehen.

Wer nach allen Seiten offen ist, kann nicht ganz dicht sein und gehört meist zu denen, die ein Problem mit der eigenen Geschichte und Identität haben, wie der jüngste Fall eindrucksvoll zeigt.



## Rommel-Wandbild übermalt

Weiter geht es in Hammelburg. Die [Junge Freiheit](#) schreibt dazu:

*Beim Ausbildungszentrum Infanterie in Hammelburg wurde ein Wandbild von Generalfeldmarschall Erwin Rommel übermalt. Und das, obwohl der Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Johannes Tuchel, erst am Wochenende betont hatte, die Person Rommels müsse differenziert betrachtet werden. Zwar sei Rommel sei als „Wüstenfuchs“ für Propagandazwecke der Nationalsozialisten genutzt worden, doch seine „Betrachtungen zur Lage“ vom 15. Juli 1944 markierten einen klaren Bruch mit Hitler.*

Wir stellen fest: Zwar sind mittlerweile fast alle gestorben, die zu jener Zeit ein Gewehr halten konnten, trotzdem erleben wir Kinder, Enkel und Urenkel als Nachkriegsgeneration, 72 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs, den endgültigen Höhepunkt einer „Entnazifizierung“ von jenen, die den Tätern von damals, mittlerweile gar nicht mehr so unähnlich sind.

---

# Essen: Guido Reil kandidiert für den Bundestag

„Kann uns bitte jemand aufklären, was Guido Reil auf Platz 26 der AfD-Landesliste verloren hat?“ Diese Frage zur abgelaufenen NRW-Landtagswahl stellten sich viele PI-Leser angesichts der Tatsache, dass das frühere SPD-Mitglied Reil das beste Ergebnis aller AfD-Direktkandidaten in Essen (in Vogelheim und Karnap holte er mehr als 20 Prozent) erzielen konnte. Doch die enttäuschten „Reil-Fans“ dürfen sich jetzt freuen. Der 47-Jährige kündigte bei der Wahlparty seiner Partei am Sonntag in Düsseldorf an (siehe Video oben), unmittelbar in den Bundestagswahlkampf zu ziehen: „Ich nehme mir jetzt vier Monate unbezahlten Sonderurlaub und dann werde ich Wahlkampf machen in allen 16 Bundesländern. Und natürlich in meiner Heimat, in Essen, und da das Direktmandat anstreben. Ich will da, wo ich wohne, antreten für die Bundestagswahl und ich bin mir sehr sicher, es wird da noch ein besseres Ergebnis werden als die 20 Prozent, die wir jetzt hatten.“ PI meint: Solche Männer braucht das Land!

---



## Die Nazis von Neuss

☒ Stellen wir uns für einen Moment vor, Reiner Breuer,



Bürgermeister von Neuss, würde nicht heute leben, sondern hätte in der Nazizeit gelebt, vor 80 Jahren. Was wäre da wohl anders gewesen für ihn als Bürgermeister, für seine Parteifreunde, für seine Stadt? Vermutlich nicht viel und man darf sich das auch nicht zu dramatisch vorstellen.

Breuer würde als Erster Nationalsozialist von Neuss artig seine repräsentativen Aufgaben wahrnehmen, Empfänge geben und für ein sauberes Neuss werben. Bei Parteiveranstaltungen würde er sich unters Volk mischen und würde auch am [Stand der Hitlerjugend](#) kurz anhalten. „Was habt ihr denn da Schönes aufgebaut?“, wäre seine Frage an das Jungvolk.

„Dosenwerfen, Herr Oberbürgermeister!“. Ein Dosenwerfen mit Köpfen auf den Dosen. Köpfe von internationalen Juden des internationalen Judentums. Französische Juden darunter und holländische und auch der amerikanische Präsident, ebenfalls ein Jude. Die Judenköpfe sind zu einer Pyramide aufgebaut und sollen jetzt mit einem harten Ball umgeschmissen werden. Wer die meisten Juden getroffen hat, hat gewonnen. [Voll der Spaß:](#)

*Bürgermeister Breuer zeigt sich vergnügt, sagt, dass er schon geworfen habe. Die Ratsherren Vandenuhr und Ziege werfen nach ihm gegen den „Juden Roosevelt“, dann tritt der hauptamtliche Geschäftsführer der NSDAP und Arno-Jansen-Wahlkampfmanager, Jascha Huschauer, in Aktion. Großes Gelächter, die NSDAPler kichern ausgelassen.*

Nur wenige Änderungen im Zitat und man ist wieder im heutigen Deutschland angekommen. Allerdings endet hier und heute die Ähnlichkeit mit der Nazizeit – nicht. So wie damals spielten die Kleinen, was die etwas Größeren von der SA (sie heißen heute bekanntlich „Antifa“) dann im „Abenteuerspiel“ richtig ausprobieren durften: Richtige Steine auf richtige Juden „Rechtspopulisten“ werfen, ihnen ihre Gefährte anzünden, Jauche oder Farbe in die Küche schmeißen, bei Gaststätten die Scheiben „kristallisieren“, wenn sie den Juden

„Rechtspopulisten“ einen Versammlungsraum zur Verfügung stellen. Dabei würde der Bürgermeister natürlich nicht mitmachen, andere würden das übernehmen, und er selbst würde schweigen und seine Hände in Unschuld waschen.

Wie macht man einem Idioten klar, dass er ein Idiot ist und einem Nazi, dass er ein Nazi ist? Beide Gruppen sind zu Selbsterkenntnis nicht in der Lage. Die Sozialdemokraten von Neuss erkennen nicht die strukturellen Ähnlichkeiten zwischen sich und ihren Vorbildern, den Nazis von Neuss; zu sehr gehen sie darin auf.

Sie glauben sich im Recht, weil doch alle oder die meisten so denken und handeln, wie sollte das denn falsch sein? Und es ist doch für eine gute Sache, für die tolerante bunte weltoffene Gesellschaft. Und die, die dort heute attackiert werden, haben sie es nicht verdient durch ihre Intoleranz und Weltverschlossenheit?

So denken sie und keiner widerspricht. In so einem Land wie unserem kommt Kritik nie aus den eigenen Reihen, erst Recht nicht, wenn es die der faschistoiden SPD sind. Sie sehen nicht, was sie tun. Nur jene, die weltoffen genug sind, sich mit Amerikanern oder anderen Ausländern auszutauschen, schaffen es, gegen den deutschen Wahn ein Wort des Einwandes zu finden:

*Thomas Schommers, Chef der Deutsch-Amerikanischen Gesellschaft [...] ist schockiert: „Man muss den amerikanischen Präsidenten nicht mögen, aber er ist demokratisch gewählt.*

*Ich finde es unfassbar, dass Reiner Breuer in seiner Funktion als Bürgermeister einer deutschen Großstadt ihn öffentlich als Nazi bezeichnen lässt und beim Dosenwerfen seiner Partei auf den ‚Nazi Trump‘ mitmacht.*

*Es macht mich traurig und nachdenklich, wenn Träger von öffentlichen Ämtern anwesend sind und dies durch ihr Verhalten gutheißen. Richtig wäre gewesen hier Courage zu*

*zeigen und den Verantwortlichen der eigenen Partei klar und deutlich zu sagen, dass so etwas nicht geht! Alle Betroffenen sollten darüber nachdenken, ob die ihre Ämter nicht zur Verfügung stellen“, so Thomas Schommers, dem ein Video über den Vorfall in der Neusser Innenstadt vorliegt.*

Die Fraktionschefin der CDU geht noch einen Schritt weiter und verweist auf 38 amerikanische Unternehmen, die in Neuss den Menschen Arbeit und Brot geben. Wer sich so über Menschen anderer Nationen lustig macht, wie es die unsäglich primitiven SPDler aus Neuss tun, oder mit seinem fehlenden Respekt für demokratische Entscheidungen seine politische Einstellung offenbart, riskiert auch, dass sich (demokratisch gesinnte) Ausländer in Deutschland oder zumindest in Neuss nicht mehr wohl fühlen und die Stadt in Zukunft meiden werden. Hätte Breuer Verstand, würde er das erkennen, hätte er dazu noch Anstand, würde er seiner Stadt einen wirklichen Dienst erweisen und jetzt zurücktreten.

Kontakt:

[Bürgermeister Reiner Breuer](#) (SPD)

Markt 2

41460 Neuss

Tel.: 02131-902019

E-Mail: [buergermeister@stadt.neuss.de](mailto:buergermeister@stadt.neuss.de)



# Flensburg: Schwule Ampeln für mehr Respekt

☒ Am Mittwoch ist Tag der Homophobie. Das nimmt die Stadt Flensburg in persona der rot-bunten Bürgermeisterin Simone Lange (Foto) zum Anlass [es Hamburg gleichzutun](#) und Homoampeln zu installieren. Seit Montag wissen Schwule, zumindest am [Fußgängerübergang Holm und Große Straße](#), bzw. Rathausstraße, endlich wann sie die Straße überqueren dürfen. Dort zeigen die Ampeln rote und grüne, sich umarmende oder Händchen haltende, mit Herzchen verzierte Homopärchen.

Die Straßenverkehrsordnung hatte das bisher verhindert. Aber kein Gesetz darf sich der bunten Vielfalt und dem Genderwahn in den Weg stellen und so wurde beim Landesverkehrsministerium eine Ausnahmegenehmigung erwirkt. „Das war nicht ganz einfach und darauf bin ich stolz“, die Ampeln seien ein Zeichen dafür, „dass wir Respekt einfordern“, so die vielfältige Bürgermeisterin. Wir vermissen einen Tag der Idioten und entsprechende Ampeln, damit auch bunte Politiker endlich wissen, wann sie haltmachen sollten. (lsg)